

(Abgeordneter Göpfert.)

(A) und für die Aufgaben, die nach dem Kriege an uns herantreten werden. Und diese Aufgaben sind groß, und es werden schwere Kämpfe nicht bloß in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch in sozialer Beziehung an uns herantreten. Deshalb ist die Frage doch wohl erwägenswert, die ich am letzten Donnerstage hier angeschnitten habe, ob wir dem Beispiele des Reiches folgen sollen und in Sachsen auch einen Finanzausschuß wie im Reiche einführen sollen. Diese Frage ist wichtig. Ich würde allerdings nicht wünschen, daß dieser Ausschuß lediglich für die Steuerpolitik in Frage kommt, sondern auch für die Aufstellung des Etats.

Meine Herren! Man kann ja einwenden, daß unsere Ausschüsse, die wir in Sachsen haben, bis jetzt nicht allzusehr wirkungsvoll gewesen sind. Wir haben ziemlich viel Ausschüsse, und wir wissen ja, wie schwer das Kämpfen in dieser Zeit wird. Aber ich möchte eins anführen. In der letzten Ernährungsbeiratsitzung hat der Herr Abgeordnete Nitzsche darauf hingewiesen, daß wohl nun endlich die Überzeugung besteht, daß mit den jetzigen Maßnahmen in der Ernährungs politik nicht auskommen werden kann, und daß man gezwungen ist, fester zuzugreifen. Und er hat darauf hingewiesen, daß alle die Maßnahmen, die wir seinerzeit angeführt haben, wohl hätten durchgeführt werden können, denn jetzt ist man gezwungen, sie zu ergreifen. Und der Herr Minister des Innern hat auch zugegeben, daß er sich diesen Ratschlägen freundlicher gegenüberstellen wolle. Die Not zwingt dazu.

(B) Genau so wie hier, wo man erst gewissermaßen den Zusammenbruch des ganzen Systems abwarten mußte, ehe man mit Neuerungen einsetzte, genau so ist es in der Finanzpolitik, die wir zu treiben gezwungen sind. Es handelt sich bei dieser späteren Politik, die wir in Sachsen führen wollen, nicht mehr um eine finanzfiskalische Politik, sondern um ein wirtschaftspolitisches Vorgehen, wie wir es ja bereits vom Ministerium des Innern durch unsere Anträge gefordert haben. Aber wir dürfen diese Wirtschaftspolitik nicht allein dem Ministerium des Innern überlassen, sondern wir sind gezwungen, dieselbe Wirtschaftspolitik auch vom Finanzministerium zu fordern.

Ich habe am vorigen Donnerstag ausgeführt, daß die Fragen, deren Erledigung das Ministerium des Innern für notwendig hält, zum Teil vom Finanzministerium bekämpft werden. Ganz natürlich. Der Herr Finanzminister scheut sich vor diesen Ausgaben. Es fragt sich bloß: Ist diese Politik dann auch im Sinne der Politik, die wir für die Zukunft treiben müssen, wenn wir Sachsen auf der Höhe erhalten wollen? Und es taucht dabei gleichzeitig auch die Frage auf, ob dann

das Finanzministerium bereit ist, auch diejenigen Wünsche (C) und Anträge zu bewilligen, die im vorigen Jahre, also im Jahr 1917, beide Kammern auf den Antrag hin, der meinen Namen trägt, beschlossen haben. Ist es möglich, daß diese Politik verwirklicht wird oder nicht? Nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers hier in der Zweiten Kammer ist ja erfreulicherweise zu konstatieren, daß er bei günstigem Friedensabschluß in Aussicht zu stellen vermochte, daß ein Teil dieser Forderungen wohl erfüllt werden könne.

Nun, meine Herren, steht aber noch die Frage bei uns: wie wird der Friedensabschluß? Ich will darauf nicht näher eingehen.

Aber, meine Herren, die Bahnpolitik kennen Sie ja alle, ich brauche sie nicht weiter zu erklären. Es genügt, wenn ich sage: Jeder, der Bahnpolitik draußen im Lande getrieben hat, der eine Bahn gewünscht hat in seinem Bezirk, dem kann man auf seinen Leichenstein schreiben: Du hast gearbeitet dein Leben lang für diese Bahn, aber die Errichtung dieser Bahn wird erst deinem Nachfolger beschieden sein. Denn 40 Jahre und mehr ist jede Bahn wohl gefordert worden.

Und mit der Kanalpolitik stehen wir auch heute wieder auf dem Standpunkte, daß man nichts mehr hört und sieht — der Herr Finanzminister schüttelt mit dem Kopf —; es wäre erwünscht, wenn wir darüber (D) Auskunft bekommen könnten.

Mit der Talsperrenpolitik hat man auch ein gewisses Fiasko gemacht, und es ist bezeichnend, daß wahrscheinlich die nächste Zeit hier eine Änderung bringen wird. In der Talsperrenpolitik, bei der ich die Verhandlungen der Talsperren genossenschaften verfolgt habe, haben wir ja gesehen, daß das Finanzministerium die Mittel bewilligen mußte zur Finanzierung der Anlagen, ohne das Recht gehabt zu haben, direkten Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik dieser Talsperren ausüben zu können. Es war das nicht möglich, denn das Ministerium hat wohl nicht die genügende Vertretung in diesen Talsperren genossenschaften, um so wirksam seine Vertretung zu gestalten, daß die Verzinsung der Talsperren gewährleistet bleibt. Und diese Verzinsungsfrage ist in ein so schwieriges Stadium getreten, daß der Herr Finanzminister in den letzten Landtagsverhandlungen darauf hingewiesen hat: wir können diese Talsperrenpolitik nicht mehr verfolgen.

Ist das der richtige Weg, oder zeigt der Zusammenbruch auch dieser Politik nicht den Weg für die Zukunft, daß das die Aufgaben des Staates sind, daß diese Talsperrenpolitik in Verbindung gebracht werden muß mit der Wohnungspolitik, mit der Bewässerungspolitik, mit